21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Wortprotokoll
der 15. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Berlin, den 25. März 2026, 17:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E 700

Vorsitz: Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 5**

Unterrichtung durch den **Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Carsten Schneider, MdB** über das **Klimaschutzprogramm 2026**

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 11**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung – Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 21(26)32

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 12**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 12**

Fachgespräch zum Thema „**Nachhaltige Stadt“ (Schwerpunkt „Energieeffizienz, Dekarbonisierung des Gebäudebestands“)** mit den Sachverständigen **Peter Buck** und **Jaqueline Egger-Buck** sowie **Sarah Bäcker** und **Dr. Saskia Hebert**

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Liste der Sachverständigen:

Peter Buck
Jaqueline Egger-Buck
Fränkel AG, Friedrichshafen

Sarah Bäcker
Dr. Saskia Hebert
Subsolar* Architektur & Stadtforschung, Berlin

Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
CDU/CSU	Beek, Sascha van Bosbach, Caroline Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Weiss, Dr. Maria-Lena Winkelmeier-Becker, Elisabeth	Aeikens, Anna Bilic, Florian Lenz, Dr. Andreas Mack, Klaus Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang
AfD	Birghan, Dr. Christoph Groß, Rainer Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer	Martel, Johann Pauli, Denis Rentzsch, Matthias Schmidt, Dr. Paul
SPD	Abdi, Sanae Bollmann, Hendrik Kreiser, Dunja Michel, Kathrin	Kleebank, Helmut Zierke, Stefan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Lübcke, Dr. Andrea Wagner, Johannes	Vriesema, Mayra Wagener, Niklas
Die Linke	Fahl, Dr. Fabian Hermeier, Mareike	Bock, Violetta

Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch den Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Carsten Schneider, MdB über das Klimaschutzprogramm 2026

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich begrüße die Kollegen und diejenigen, die uns zuschauen oder sich später in der Mediathek anschauen, was wir heute besprechen. Vor allem darf ich den Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Carsten Schneider, herzlich begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen.

Sie haben uns heute das Klimaschutzprogramm mitgebracht, das heute frisch im Kabinett beschlossen wurde – genau rechtzeitig. Wir sind gespannt, denn die Ambitionen sind – denke ich – hoch. Wir sind deshalb sehr daran interessiert, was Sie auf den Weg bringen wollen, um die Klimaziele bis 2030 und darüber hinaus zu erreichen. Denn das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgegeben, im Vorhinein zu planen: Wie gehen wir mit den Emissionen um, und wie können wir sie so gestalten und rechtzeitig begrenzen, dass erstens die Kipppunkte nicht erreicht werden und zweitens auch nachfolgende Generationen noch Freiheiten haben, die mit Emissionen oder jedenfalls mit Energieverbrauch verbunden sind? Deshalb will ich nicht lange vorreden, sondern gebe Ihnen das Wort. Schön, dass Sie da sind und dass Sie das ermöglichen.

Bundesminister **Carsten Schneider** (BMUKN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Einladung, aber auch für Ihre Arbeit. Das ist wichtig. Wir im Bundesumweltministerium verstehen sie grundsätzlich als Unterstützung. Das ist selbstverständlich auch eine Kontrollfunktion, das ist vollkommen klar. Sie sind als Parlament aber auch Auftraggeber der Regierung, und so nehme ich das auch wahr.

Frau Vorsitzende, Sie haben bereits darauf hingewiesen: Das Klimaschutzprogramm ist eine Punktlandung im Zeitplan. Nach dem geltenden Klimaschutzgesetz des Bundes mussten wir heute für diese Legislaturperiode ein Klimaschutzprogramm vorlegen. Es ist auf unserer Website, aber auch auf der der Bundesregierung abrufbar und wurde – glaube ich – zur Vorabinformation an alle Kollegen verschickt.

Es gibt die Leitplanken vor, untersetzt mit konkreten Maßnahmen, wie wir die Treibhausgase in Deutschland bis zum Jahr 2040 und darüber hinaus reduzieren und wie wir unseren rechtlichen, vor allem aber umweltpolitischen Verpflichtungen in der Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens und Lebens gerecht werden wollen. Wir hatten eine Emissionslücke von 25 Millionen Tonnen zu schließen, die wir von der Vorgängerregierung übernommen haben. Das Ziel ist, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Wir haben jetzt 48 Prozent geschafft, was bereits sensationell ist, also eine Halbierung. Dabei hatten wir ein preisbereinigtes Wachstum von 48 Prozent. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum können sich also gegenseitig befruchten, wenn man es klug anstellt. Wir haben vor, dies klug umzusetzen. Dementsprechend hat mein Haus – Herr Abteilungsleiter Goeke, und Herr Weiß leitet das zuständige Referat – in den vergangenen Monaten den Prozess innerhalb der Bundesregierung gesteuert und manchmal moderiert. Ich muss sagen, das war eine exzellente Zusammenarbeit mit allen Häusern, die nun ihren Ausdruck in den Beschlüssen findet, die wir heute im Kabinett gefasst haben.

Ich will noch sagen, dass wir bis 2040 nun auch das europäische Minderungsziel von 90 Prozent haben, wobei 5 Prozent über Zertifikate im Ausland erbracht werden können. Unser nationales Klimaschutzgesetz geht von 88 Prozent aus, sodass wir ein „Level Playing Field“ zwischen den Ländern innerhalb der Europäischen Union haben. Das ist uns im November bei der Beschlussfassung im Umweltministerrat gelungen und bildet sich auch in dem Programm ab.

Wie haben wir die Lücke nun geschlossen? Wir setzen auf Anreize, auf den gezielten Umstieg auf kosten- und emissionseffizientere Verbräuche. Vereinfacht dargestellt: Im Wohnbereich gibt es bei der Heizung Zuschüsse für die Erstinvestition in eine Wärmepumpe. Diese bleiben in großem Maße nicht nur erhalten, sondern sind auch sozial gestaffelt.

Zum Zweiten haben wir ein sehr erfolgreiches ordnungsrechtliches Instrument, das über den Preis steuert, nämlich den ETS 1 (Emissions Trading System), den europäischen Handel mit Zertifikaten. Ich war heute beim VCI, dem Verband der Chemischen Industrie, um die Weiterentwicklung voranzubringen. Wir setzen ein Preissignal und lassen den Unternehmen die Freiheit, wie sie die CO2-Einsparung erbringen. Das ist aus unserer Sicht effizienter, als wenn wir das vorgeben und ein Förderprogramm auflegen. Ein Förderprogramm haben wir auch, aber im industriellen Bereich ist der Emissionshandel das Hauptinstrument, und er hat sich bewährt.

Drittens: Vielfach sind diese Investitionen zunächst teuer. Ein Kühlschrank, der wenig verbraucht und sehr nachhaltig ist, kostet mehr als ein Billiggerät. Damit Menschen mit geringem Einkommen sich das trotzdem leisten können und nicht den höheren Stromverbrauch bezahlen, gibt es den Stromspar-Check: Berater der Caritas kommen auf Einladung in die jeweiligen Wohnungen, beraten und messen, und die Menschen bekommen einen Zuschuss für die Preisdifferenz, für den Kühlschrank, aber auch für weitere Elektrogeräte. Das ist in meinem Haushalt veranschlagt. Ich finde, das ist gerade für Menschen mit kleinem Einkommen die Stütze und die Hilfe, um sich nachhaltig von hohen Stromkosten zu befreien.

Das vierte Element ist die Veränderung unserer Energieversorgung, der Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir werden – über die Bundeswirtschaftsministerin – zusätzlich 12 Gigawatt Windkraftanlagen ausschreiben, die bis zum Jahr 2030 am Netz sein sollen und werden und uns dementsprechend in großem Maße helfen, uns von Öl und Gas aus anderen Regionen der Welt unabhängig zu machen. Das macht uns geopolitisch unabhängiger: Wir müssen weniger Kapital exportieren, wir halten die Wertschöpfung vor Ort, und wir sind sicherer.

Das sind die Hauptelemente des Programms, auf die ich kursorisch eingehen wollte. Ich freue mich auf die Beratung heute bei Ihnen, am Freitag im Parlament und in den nächsten Wochen. Das ist ein laufender Prozess. Für Ihre Hinweise, Anregungen und Vorschläge bin ich dankbar. Wir werden immer wieder nachsteuern müssen, falls es Veränderungen gibt. Wenn wir erfolgreich sind, umso besser. Das wird man jedoch gerne mit aufnehmen. Das ist das Projekt der Regierung. Ich bin froh, dass es ohne Streit, nach intensiver Debatte, heute der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann. Danke schön.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herzlichen Dank für die Einführung. Es wirkt sehr ambitioniert. Wir sind jetzt bei 48 Prozent, und so sensationell das ist, liegen noch Steigerungen vor uns, wenn wir in den nächsten vier Jahren auf 65 Prozent kommen wollen.

Die Frage ist: Ist das in den einzelnen Bereichen tatsächlich mit Zahlen hinterlegt? Wir wissen, dass die Deutsche Umwelthilfe gegen das vorige Programm Klage eingereicht und damit Erfolg gehabt hat. Das Urteil ist erst in dieser Legislaturperiode ergangen. Von daher lag es nahe, das in den neuen Plan mit aufzunehmen. Das sage ich als Juristin: Damit ist der Weg gebahnt, und eine zweite Klage wird nicht mehr so lange dauern, denn einige Zweifelsfragen wie die Klagebefugnis sind geklärt. Von daher ist die Anforderung, dass das Programm hält, vielleicht noch ernster zu nehmen. Könnten Sie deshalb noch etwas konkretisieren, in welchen Bereichen Sie welche Einsparziele vorhaben und welche Maßnahmen das konkret unterlegen sollen? Welchen Anteil sollen beispielsweise die Zertifikate im Ausland übernehmen, und wie viel Einspeisung wird durch die 12 Gigawatt zusätzlichen Windausbau erwartet?

Bundesminister **Carsten Schneider** (BMUKN): Das mache ich sehr gerne, Frau Vorsitzende. Ihre Rechtsauffassung – ich bin kein Jurist, sondern Bankkaufmann – wird im Hause geteilt, sodass wir auf der Rechtsgrundlage nicht nur sauber arbeiten müssen, sondern auch alles valide sein muss. Ich rechne fest damit, dass die Umwelthilfe klagt. Das hat sie bereits angekündigt, und sie hätte es so oder so getan. Ich glaube, das ist an diesem Punkt eingepreist, und wir werden sehen.

Sie können sich vorstellen, dass ich keine Lust habe, vor dem Bundesverwaltungsgericht zu stehen und zu verlieren. Deswegen haben wir uns sehr bemüht, eine sehr valide Grundlage zur Verfügung zu stellen. Einige Gesetze wie die THG-Quote (Treibhausgasminderungsquote) sind bei Ihnen noch im parlamentarischen Verfahren.

Auch sie hat eine hohe Reduktionswirkung, insbesondere im Verkehrsbereich: 6,3 Millionen Tonnen, das ist sehr viel. Im Energiesektor haben wir die 12 Gigawatt zusätzliche Windkraft an Land, das ergibt 6,5 Millionen Tonnen CO2. Das Fernwärmepaket, das vor allem ab den 2030er-Jahren greift, bringt 2,3 Millionen Tonnen. Ich habe außerdem den Schwerpunkt Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie – es wäre vielleicht auch für Sie interessant, dass ich noch einmal zu Ihnen komme, wenn ich sie vorstelle, weil Sie daran auch Anteil haben. Ich habe sie in der Federführung innerhalb der Regierung fast fertig. Es gibt noch ein, zwei Punkte, bei denen wir noch keinen Konsens haben, den wir aber erreichen wollen. Auch das bringt 0,6 Millionen Tonnen. Rechnet man das um, machen die 12 Gigawatt Wind an Land etwa 9 Prozent des gesamten Gasverbrauchs im Privatsektor in Deutschland oder 9 Prozent des gesamten Benzinverbrauchs aus. Daran sieht man, wie wir uns unabhängig machen können, indem wir die Erneuerbaren Energien nutzen. Wir müssen die Energie dann nicht importieren und auch nicht verbrennen. Der Effizienzgrad ist höher, und das ist dementsprechend gut.

Dann haben wir noch das Deutschlandticket, einen sehr wichtigen Bereich mit 1 Million Tonnen. Zu seiner langfristigen Sicherung bis 2030 haben wir uns klar verpflichtet, so weit wir das als jetzige Regierung festschreiben können. Etwas, das ich noch eingebracht habe und bei dem wir in der Koalition einen Konsens erreicht haben, ist die Förderung der Elektromobilität, also ein Zuschuss von bis zu 6 000 Euro für ein Neufahrzeug. Es kommen nun viele Fahrzeuge im Bereich um 25 000 Euro auf den Markt. Abzüglich 6 000 Euro sind wir bei 19 000 Euro. Viele große französische Hersteller bezuschussen das noch einmal mit der gleichen Summe, dann sind wir bei 14 000 Euro für einen Neuwagen. Das müssen die Hersteller aber erst noch zeigen. Ich glaube, dass die Elektromobilität ein exponentielles Wachstum erleben und dort einen Beitrag leisten wird.

Die Landwirtschaft hat 0,5 Millionen Tonnen [Rohfassung: 0,5 Prozent], sodass wir insgesamt 27 Millionen Tonnen einsparen. Das ist die Wirkung bis 2030. Manches wird vielleicht etwas besser, manches etwas schlechter wirken, das weiß man nie. Im letzten Jahr, 2025, war es beispielsweise so, dass der Wald wieder zu einer Kohlenstoffsenke geworden ist, was gut ist und was wir so nicht vorhergesehen hatten. Andererseits hatten wir im Verkehrssektor 2025 mehr Emissionen als geplant, weil wir mehr Verkehr hatten. Manchmal gleicht sich das aus, das kennen Sie auch vom Haushalt – Frau Abg. Michel ist anwesend. Es wirken immer unterschiedliche Faktoren, die die Soll-Zahlen im Ist manchmal etwas anders aussehen lassen. Das Ziel ist aber klar, dass wir das erreichen, und das ist jetzt auch möglich.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich habe zwei Wortmeldungen. Zunächst hat sich Herr Abg. Dr. Schmidt gemeldet, dann Herr Abg. Mayer-Lay.

Abg. **Dr. Paul Schmidt** (AfD): Herr Minister Schneider, schön, dass wir das Vergnügen haben, Sie im Nachhaltigkeitsbeirat befragen zu können. Er ist ein kleineres Gremium als der Umweltausschuss, und da kann man vielleicht ein paar Fragen mehr stellen. Ich habe gleich mehrere Punkte. Sie haben gesagt, durch die 12 Gigawatt zusätzliche Windkraft könnten wir 9 Prozent an fossilen Rohstoffen einsparen. Ich glaube nicht, dass das stimmt, denn wir haben in Deutschland bereits 75 Gigawatt Windkraft und 105 Gigawatt Photovoltaik installiert, zusammengenommen 180 Gigawatt Erneuerbare. Wir können in Deutschland aber maximal etwa 85 Gigawatt verbrauchen. Das bedeutet, wir haben praktisch bereits so viel Windkraft installiert, wie wir überhaupt verbrauchen können, und zusammen mit der Photovoltaik ist es doppelt so viel, wie wir verbrauchen können.

Deswegen glaube ich: Wenn die neuen Windkraftanlagen tatsächlich Strom produzieren, was nur etwa ein Viertel des Jahres der Fall ist, laufen die anderen auch, und der Strom ist überflüssig und muss die meiste Zeit ans Ausland abgegeben werden. Deswegen werden wir keine 9 Prozent Einsparung haben. Ich bin auf Ihre Antwort gespannt.

Dann haben Sie gesagt, wir hätten 48 Prozent mehr Umsatz, ich nehme an, im Bereich der grünen Wirtschaft. Dazu habe ich seit Längerem eine Frage, denn wir hatten vor einigen Monaten ein parlamentarisches Frühstück dazu, und dabei

kam heraus, dass in diesen Umsatz auch Investitionen eingerechnet wurden, nämlich die Investitionen in die Netze. Durch die Verteilung der Energieerzeugung in der Fläche durch Windkraft und Photovoltaik brauchen wir viel, viel mehr Stromleitungen, um den Strom überhaupt zum Verbraucher zu bringen. Das ist ein sehr großer finanzieller Aufwand für die Energieversorger. Er wurde als Umsatz deklariert, ist in Wirklichkeit aber eine Investition, und wir müssen das Geld dafür über den Stromumsatz, also vom Verbraucher oder vom Steuerzahler, erst wieder zurückbekommen, um diese Investitionen überhaupt zu amortisieren.

Dann haben Sie gesagt, Sie wollen weiter ausbauen. Bei der Tagung des BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) im letzten Jahr hatte ich aber den Eindruck, dass die Energieversorger kein Geld mehr geliehen bekommen. Wenn man sich die letzten Monate anschaut, welche Anstrengungen die einzelnen Versorger unternehmen mussten, um weitere Darlehen zu bekommen – beispielsweise musste die EnBW bei allen Kommunen noch einmal Geld einsammeln, um ein weiteres Darlehen zu bekommen –, zeigt mir das, dass der Rahmen, in dem Geld geliehen werden kann, ausgeschöpft ist. Deswegen frage ich mich: Mit welchem Geld sollen diese weiteren Investitionen bezahlt werden? Ich glaube, es ist keines mehr vorhanden.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Danke. Herr Abg. Mayer-Lay – wir sammeln.

Abg. **Volker Mayer-Lay** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Lieber Herr Minister, vielen Dank für Ihre Ausführungen und auch dafür, dass Sie sich heute Zeit für dieses kleine, aber sehr wichtige Gremium nehmen. Dass wir Sie persönlich hier haben dürfen, ehrt uns sehr.

Meine Frage zum Klimaschutzprogramm: Können Sie darlegen, welche Rolle Forschung, Innovation und neue Technologien künftig spielen sollen? Das kann gleichzeitig die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken. Das ist Nachhaltigkeit im engeren Sinne und gefällt uns besonders gut. Vielleicht können Sie ein paar Ausführungen dazu machen, was wir dazu im Klimaschutzprogramm finden können.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Dann nehmen wir noch Frau Abg. Vriesema dazu.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Ausführungen. Ich muss sagen, dass ich das Bild der Bundesregierung im Hinblick auf die Klimaschutzmaßnahmen nicht vollständig schlüssig finde. Ich nehme wahr, dass Sie auf der einen Seite einige Klimaschutzmaßnahmen verkünden dürfen und auf der anderen Seite Frau Reiche ein Paket nach dem anderen verkündet, das nicht im Sinne der Klimaschutzmaßnahmen ist.

Wenn man sich beispielsweise das angekündigte Netzpaket der Bundesregierung oder die Eckpunkte zum Gebäudemodernisierungsgesetz anschaut, frage ich mich, wie das zusammenpasst. Vielleicht können Sie das noch einmal erläutern.

Dann haben Sie gesagt – und das finde ich wichtig –, dass Klimaschutz mit Wirtschaftswachstum zusammengehen muss. Davon bin ich auch überzeugt. Wie passt das aber mit Planungssicherheit für die Wirtschaft zusammen, wenn beispielsweise die 65-Prozent-Regel gekippt werden soll und dadurch die Wärmepumpenhersteller, die in Deutschland gut vertreten sind, massiv verunsichert werden?

Meine dritte Frage: Sie haben gesagt, dass die Ziele im Verkehrssektor wieder gerissen worden sind. Auf der anderen Seite stellen Sie als Bundesregierung den Neubau von Autobahnen ins überragende öffentliche Interesse. Wie passt das damit zusammen, dass man gerade im Verkehrssektor die Emissionen senken will?

Die letzte, vierte Frage ist mir wichtig, weil das im Eckpunktepapier zum GMG (Gebäudemodernisierungsgesetz) nicht so klar geworden ist: Planen Sie, zum Schutz der Mieter, die nicht selbst darüber entscheiden dürfen, ob eine Gasheizung oder eine Wärmepumpe eingebaut wird, die Modernisierungsumlage abzusenken, die aktuell bei 8 Prozent der Investitionskosten liegt? Oder welche Überlegungen haben Sie ansonsten, um Mieter besser zu schützen?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Zum Abschluss dieser Runde darf

Frau Abg. Michel noch Fragen stellen, und dann folgt die Antwort.

Abg. **Kathrin Michel** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich gebe zu, ich durfte dem Vortrag heute bereits einmal lauschen, und nun sind wir hier. Trotzdem noch einmal vielen Dank. Wir sind hier kein kleiner Umweltausschuss, und ich möchte die Nachhaltigkeitskomponente einbringen, weil wir uns damit sehr intensiv beschäftigen. Ich würde gerne fragen: Wie kann es uns gemeinsam gelingen, die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit systematisch zusammenzuführen? Wir merken, dass das Thema Nachhaltigkeit bei jedem per se den Impuls Klima auslöst. Es ist aber viel breiter. Wie schaffen wir es, oder haben Sie Ideen, wie wir das als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf den Weg bringen und dabei alle Ministerien mit ins Boot nehmen können, statt dass alle sagen: „Das macht schon der Kollege Schneider im Umweltministerium, und wir sind aus der Nummer heraus“? Ich glaube, das ist eine überaus große Aufgabe. Mich würde interessieren, welche Ideen Sie da vielleicht bereits „in petto“ haben.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das waren viele interessante Fragen. Sie haben das Wort.

Bundesminister **Carsten Schneider** (BMUKN): Ich fange bei Frau Abg. Michel an. Die Kreislaufwirtschaft ist dafür der zentrale Punkt. Wir sind ein rohstoffarmes Land und müssen all die Rohstoffe, die wir einmal gekauft und eingeführt haben und die bei uns sind, Seltene Erden und andere, hier auch wieder verwerten.

Ein Beispiel ist das Batterierecycling. Wir haben die EU-Altfahrzeugverordnung. In Deutschland verschwinden derzeit 600 000 abgemeldete Autos. Sie landen nicht auf dem Schrottplatz, werden nicht zerlegt und nicht recycelt, sondern gehen irgendwohin über die Grenze. Das muss sich ändern. Wir brauchen die Rohstoffe hier.

Die großen Unternehmen – VW in Zwickau, das kennen Sie – sind gerade dabei, dort einen Schwerpunkt zu setzen. Nachhaltiges Wirtschaften ist ein zentraler Bestandteil für rohstoffarme Länder und im Übrigen sehr arbeitsplatzintensiv. Der Sozialdemokrat in mir findet es deswegen gut, dass wir nicht nur in der Welt unter widrigen Herstellungsbedingungen einkaufen, produzieren und wegwerfen, sondern dort einkaufen, wo es nachhaltig ist, und die Güter möglichst langlebig sind.

Ich habe auch ein Förderprogramm „Reparieren statt Wegwerfen“. Auch die Initiativen der Bundesverbraucherschutzministerin Hubig gehen in diese Richtung, also ein Recht auf Reparatur und dementsprechend das Produktdesign über digitale Pässe, damit man weiß, wenn ein Elektrogerät auf den Wertstoffhof kommt: Was ist darin, wo sind die Teile, und wie kann ich sie herausholen, um sie zu sichern? Aus meiner Sicht ist das für eine Volkswirtschaft wie unsere ein unverzichtbarer Beitrag, der bisher zu stiefmütterlich behandelt wurde und den ich deswegen mit einer groß angelegten Nachhaltigkeitsstrategie unterlegen werde. Die Kreislaufwirtschaft ist also ein sehr wichtiger Punkt.

Zum Punkt von Herrn Abg. Dr. Schmidt: Ich habe mich nicht auf den Umsatz bezogen, sondern auf das Wachstum, das Wirtschaftswachstum, sogar preisbereinigt. Es beträgt seit 1991 bis heute 48 Prozent. Wir sind eine sehr entwickelte Volkswirtschaft und haben keine Wachstumsraten von 10 Prozent. Wir wollen alles tun, damit unser Potenzialwachstum wieder steigt und wir vielleicht wieder in Richtung von 1 Prozent kommen. In einer Gesellschaft, deren Demografie eher am Ende ist, wird jedoch auch nicht mehr so viel investiert. Deswegen sind Fragen der gesteuerten Zuwanderung und der Produktivitätssteigerung entscheidend für das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft. Wenn ich den Vizekanzler heute in seiner Rede bei der Bertelsmann Stiftung und den Kanzler heute in seinen Äußerungen in der Regierungsbefragung gehört habe, geht es auch in anderen Bereichen um diese Verstärkung.

Zum Verbrauch der Erneuerbaren Energien: Ich bin nicht der Energieminister, das ist Frau Ministerin Reiche. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir grundsätzlich einen geringeren Primärenergiebedarf haben, wenn wir auf der Abnehmerseite zu einer Elektrifizierung unserer Wirtschaft kommen – nur etwa ein Drittel dessen, was bisher der Fall ist. Dabei werden grüner Wasserstoff und die Erneuerbaren eine wichtige Rolle spielen. Ich war bei 50Hertz, dem Netzbetreiber hier in Ostdeutschland, im

nördlichen Brandenburg, wo ein großes Umspannwerk steht. Dort hätte man es nie für möglich gehalten, dass über 70 Prozent des Stroms im Netz, der vor allem auch hier in Berlin ankommt, aus Erneuerbaren stammen, und man bekommt das über intelligente Regelungen gesteuert. Unser Ziel ist, gerade einmal 80 Prozent des Stromverbrauchs im Jahr 2030 aus Erneuerbaren zu beziehen. Der Rest wird noch aus Kohle oder Gas stammen, sodass ich Ihre These, der Strom könne nicht mehr verbraucht werden, nicht teile. Die Zahlen geben das nicht her. Im Gegenteil: Wir werden noch weitere Erneuerbare Energien brauchen, um insbesondere den Bereich zu ersetzen, in dem wir derzeit Gas einsetzen.

Wir haben einen europäischen Strommarkt mit Import und Export. Es gibt Zeiten, in denen wir aus anderen Ländern importieren, und Zeiten, in denen wir exportieren. Es gibt Zeiten – weil Herr Abg. Dr. Kraft gerade gekommen ist –, in denen die Atomkraftwerke in Frankreich funktionieren, und es gibt Zeiten, in denen in den Flüssen so wenig Wasser ist, dass die Atomkraftwerke keinen Strom liefern und Frankreich von uns mit Erneuerbaren versorgt werden muss. Wissen Sie, ich bin ein weltoffener Mensch. Ich setze auf den europäischen Markt und auf intelligente Systeme und Netze, dann funktioniert das.

Was die Investitionen der Versorger betrifft, haben wir vor allem bei den Verteilnetzbetreibern hohe Investitionssummen: Es waren 300 Milliarden Euro, die in den nächsten Jahren investiert werden müssen. Dort haben wir es mit 800 Verteilnetzbetreibern zu tun. Das ist sehr kleinteilig. In meinem Wahlkreis Erfurt stelle ich mir beispielsweise sehr genau die Frage, wie die Stadtwerke das hebeln können. Das ist nicht nur eine Frage der Erträge, sondern auch, ob sie genügend Eigenkapital haben, um eine Fremdkapitalfinanzierung zu bekommen, und ob sie dafür die nach dem Kreditwesengesetz notwendige Eigenkapitaldeckung haben. Über das Wirtschafts- und das Finanzministerium sind wir im Rahmen des Deutschlandfonds daran, auch diesen Punkt zu adressieren.

Was ich nicht möchte – das ist auch einmal klar zu sagen –, ist, dass es bei den Verteilnetzen, die bisher stark in kommunaler Hand sind, nicht nur, aber stark über Stadtwerke, zu einer Privatisierung käme. Das werden wir nicht mitmachen und auch verhindern. Die Möglichkeiten dafür gibt es, weil es garantierte Einnahmen und Erträge gibt. Grundsätzlich ist es aber gut, dass in Deutschland in diesem Umfang investiert wird. Diese Investitionen werden sich langfristig auswirken und unsere wirtschaftliche Basis stärken.

Herr Abg. Mayer-Lay, der Punkt ist, dass wir über den ETS die Innovation bei den Unternehmen lassen. Wissen Sie, es ist für den Staat sehr schwer, Geld effizient an die möglichen Innovatoren auszugeben. Dafür haben wir bestehende Modelle über die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und andere, aber das bringt einen gehörigen Anteil an Overheadkosten mit sich. Das effizienteste Modell, das wir haben, ist die marktgerechte Bepreisung von CO2 und der Handel damit, wobei wir den Unternehmern und Unternehmen die Entscheidung lassen, wie sie ihren Energieverbrauch gestalten. Das ist aus meiner Sicht das marktwirtschaftlichste Instrument, und deswegen hat sich auch der Bundeskanzler beim Europäischen Rat vorige Woche sehr klar für dessen Fortbestand ausgesprochen. Ich bin ein großer Freund der Forschung. Wir investieren, Frau Kollegin Bär, sehr viel Geld in die Fusionsforschung in Bayern. In München gibt es die Firma Proxima Fusion, die versucht, dafür Start-up-Kapital einzusammeln, was auch gelingt. Das sind alles ermutigende Signale.

Wichtig ist der Rahmen – der gesetzliche, der rechtliche Rahmen –, die Investitionssicherheit und die Freiheit, Fehler zu machen, aber auch die Freiheit, kluge Entscheidungen zu treffen, Innovationen hervorzubringen und damit auch Gewinne zu erzielen. Diesen Rahmen setzen wir hiermit.

Zum Abschluss, Frau Abg. Vriesema: Ich greife zuerst den Punkt Gebäudemodernisierung heraus. Bei der Festlegung, welche Maßnahme wie viel CO2-Einsparung bringt, haben wir auf den derzeit geltenden rechtlichen Rahmen gesetzt. Ich mache das an zwei Beispielen deutlich: Das GMG ist so eingerechnet, wie die jetzige Rechtslage ist. Das heißt, jede Veränderung der Rechtslage, wenn sie nicht durch eine starke Förderung oder andere Anreize – – Ein Punkt ist der Mieterschutz, den der Fraktionsvorsitzende der SPD als wichtigen Punkt für sich reklamiert hat. Ich nehme das sehr ernst und versuche, es nun gemeinsam mit der

Regierung so umzusetzen, dass wir einen starken Mieterschutz und zugleich einen starken Impuls seitens der Eigentümer haben, kluge, nachhaltige Investitionen zu tätigen, diese zusätzlich anzureizen und damit die CO2-Minderung zu erreichen. Anders können wir es derzeit noch nicht verifizieren, weil es noch keine andere Rechtslage gibt.

Bei der THG-Quote haben wir eine Einsparung von 6,3 Millionen Tonnen. Dort haben wir uns die Beschlusslage des Kabinetts zu eigen gemacht. Der Gesetzentwurf liegt gerade im Parlament und wird zwischen den Fraktionen beraten. Nach meinem Eindruck aus den Gesprächen werden wir sogar eine höhere Treibhausgasminderung erhalten, wenn die Mehrheit des Parlaments der Auffassung ist, das so umzusetzen, was ich sehr begrüßen würde. Das sind die Rahmenbedingungen, auf deren Grundlage wir gearbeitet haben.

Gleiches gilt für die Wärmepumpe. Dort haben wir eine Investitionsförderung von bis zu 70 Prozent für Menschen mit sehr geringem Einkommen. Um diese Lücke zu überbrücken, stellt sich die Frage: Klimageld oder Investitionsförderung? Wir haben uns für die Investitionsförderung entschieden. Das Klimageld bekommen Sie zwar jeden Monat, aber wenn Sie wenig Einkommen haben, ist es schwer, eine klimafreundliche Technologie zu finanzieren, ohne einen Kredit aufzunehmen. Viele Menschen haben eine geringe Kreditwürdigkeit. Ich möchte nicht, dass sie in eine Situation gebracht werden, in der sie in einer Verschuldungsspirale landen. Deswegen ersetzen wir bis zu 70 Prozent der Kosten, statt eine dauerhafte Förderung oder einen Ausgleich über das Klimageld zu gewähren. Das ist die Entscheidung der jetzigen Bundesregierung.

Beim EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) gibt es noch keinen Gesetzentwurf, nicht einmal Referentenentwürfe, die uns offiziell zugegangen sind. Die Ministerin selbst hat sich diese auch nicht zu eigen gemacht. Deswegen warte ich auf den Entwurf des Hauses. Ich würde sagen, dass insbesondere die zusätzliche Ausschreibung für Windkraft an Land ein klares Signal ist, dass die Erneuerbaren Vorfahrt haben.

MD **Berthold Goeke** (BMUKN): Ergänzend noch ein Punkt, weil gerade auch die Frage zum Gas kam, was diese 9 Prozent ausmacht. Das bezog sich nicht allein auf die 12 Gigawatt Wind an Land, sondern schloss auch zwei Förderprogramme ein: ein Industrieförderprogramm, mit dem wir die Elektrifizierung von Anlagen in der Lebensmittel- und Ernährungsindustrie fördern, und zugleich die Fernwärmenetze insgesamt. Die 12 Gigawatt ersetzen 3,8 Milliarden Kubikmeter Gas. Das Industrieförderprogramm ersetzt 2,5 Milliarden Kubikmeter Gas. Der Ausbau der Fernwärme und die Dekarbonisierung dieser Netze bringen noch einmal 1 Milliarde. Das sind rund 7 Milliarden Kubikmeter, und das sind 9 Prozent des deutschen Gasverbrauchs des vergangenen Jahres, die hier ersetzt werden können.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich vermute, das kann man alles im Bericht noch einmal im Detail nachlesen, und ich denke, das Haus wird das strikt überwachen. Wenn Sie feststellen, dass etwas nicht im Plan liegt, betrachten Sie uns gerne als Verbündete, die sich auch in den Fachausschüssen mit dem Argument, dass wir das Klimaschutzprogramm einhalten müssen, dafür einsetzen, die Gesetze so zu gestalten, dass es einhaltbar ist. Lassen Sie uns das zum gemeinsamen Projekt machen.

Wir haben uns hier von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft informieren lassen, wie es um den Klimawandel steht und dass er an Dynamik zugenommen hat. Wir haben uns informiert, was er für die Gesundheit und das Stadtklima bedeuten kann und was er mit Ernährungsfragen zu tun hat. Deshalb sind wir motiviert, daran mitzuwirken, dass das Ganze gelingt und dass wir im besten Sinne der Nachhaltigkeit unseren nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt überlassen können. Da ziehen wir am selben Strang. Herzlichen Dank, wir bleiben bestimmt in Kontakt, das ist versprochen. Frohe Ostern.

Wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten, damit die Schilder ausgewechselt werden können.

Sitzungsunterbrechung 17:39 – 17:41 Uhr

Tagesordnungspunkt 2

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung – Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 21(26)32

Keine Punkte.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Keine Punkte.

Tagesordnungspunkt 4

Fachgespräch zum Thema „Nachhaltige Stadt" (Schwerpunkt „Energieeffizienz, Dekarbonisierung des Gebäudebestands") mit den Sachverständigen Peter Buck und Jaqueline Egger-Buck sowie Sarah Bäcker und Dr. Saskia Hebert

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wir setzen unsere Sitzung fort, und ich rufe mit etwas Verspätung Tagesordnungspunkt 4 auf. Wir haben uns das Fachgespräch zum Thema „Nachhaltige Stadt" vorgenommen, diesmal mit dem Schwerpunkt „Energieeffizienz, Dekarbonisierung des Gebäudebestands". Dazu haben wir wiederum Sachverständige eingeladen, nämlich Herrn Peter Buck und Frau Jaqueline Egger-Buck sowie Frau Sarah Bäcker und Frau Dr. Saskia Hebert. Wir beginnen mit Familie Buck. Herr Buck und Frau Egger-Buck sind Vorstände der Fränkel AG. Als mittelständisches Unternehmen realisiert sie lebenszyklusorientierte Wohnraumlösungen sowie nachhaltigen Gewerbebau. Das hört sich sehr, sehr spannend an. Sie wurden uns von Herrn Abg. Mayer-Lay vorgeschlagen. Wir sind sehr gespannt, was Sie uns aus Ihrer Praxis für dieses Thema mit auf den Weg geben können.

Wir haben auch Unterstützung von den Fachpolitikern aus dem Bereich Wohnungs- und Städtebau: Meine Kollegin, Frau Abg. Heil, ist dabei. Deshalb können wir sagen, dass das, was Sie sagen, auch von der praktischen Politik gehört wird. Sie haben das Wort, Herr Buck.

Sachverständiger **Peter Buck** (Fränkel AG): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren, zunächst darf ich sagen, dass wir sehr dankbar sind, Ihnen eines der größten Projekte in der 138-jährigen Geschichte unseres Unternehmens vorstellen zu dürfen. Als mittelständisches Unternehmen 55 Millionen Euro in reinen Wohnungsbau zu investieren, ist eine beachtliche Größenordnung – vor allem unter der Maßgabe, dass wir nicht nur während des Baus, sondern auch im Betrieb auf Nachhaltigkeit geachtet haben. Wir haben etwas aus der Wirtschaft gemacht [sic]. Wir haben auch ein paar bewegte Bilder mitgebracht, damit es nicht zu stereotyp wird, und würden zunächst den Blick auf eine Gewerbeanlage richten. Bei uns wurde das Areal immer „die Ella" genannt. Heute nennen wir die Wohnanlage „Natur-Ella", weil dort ursprünglich der Fruchtsaft „Naturella" hergestellt wurde. Bis in die 1980er-Jahre haben die Obstbauern vom Bodensee ihr Obst dort abgeliefert, und daraus wurde „Naturella-Fruchtsaft" hergestellt. Dann war es „die Ella", und heute ist es die „Natur-Ella".

Sachverständige **Jaqueline Egger-Buck** (Fränkel AG): Kurz ein paar Worte zu unserem Unternehmen: Wie bereits gesagt, wurde es 1888 von Martin Fränkel als Handwerksbetrieb gegründet. Über die Jahrzehnte hat sich das Unternehmen zu einem etablierten und respektierten Akteur in der Immobilienbranche entwickelt. Heute beschäftigen wir mehr als 50 Mitarbeiter, die gemeinsam daran arbeiten, innovative, zukunftsorientierte Lösungen für den Wohn- und Gewerbebau zu schaffen. Als mittelständisches Unternehmen mit Sitz in Friedrichshafen am Bodensee, im äußersten Süden, hat sich das Unternehmen auf die Realisierung lebenszykluskostenorientierter Wohnraumlösungen spezialisiert. Das bedeutet, dass man nicht nur bei der Planung und dem Bau der Immobilien, sondern auch bei ihrer langfristigen Nutzung auf Nachhaltigkeit und Effizienz setzt. Neben dem Mietwohnungsbau sind wir auch im Bereich des hochwertigen Gewerbebaus aktiv. Hier liegt der Fokus auf funktionalen, energieeffizienten und modernen Lösungen.

In den letzten Jahren konnte das Unternehmen über 1 250 Mietwohnungen und 30 Gewerbeobjekte erfolgreich realisieren. Dank langjähriger Erfahrung, einer starken regionalen Verwurzelung und einer klaren Vision für nachhaltige Bauprojekte hat sich das

Unternehmen als einer der führenden Anbieter im Bodenseeraum etabliert. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Fränkel AG als mittelständisches Unternehmen in Friedrichshafen am Bodensee nicht nur auf eine lange Tradition zurückblickt, sondern auch Innovation und Nachhaltigkeit immer im Fokus hat. Ein herausragendes Beispiel für dieses nachhaltige Engagement ist unser Projekt „Natur-Ella“ in Langenargen. Hier sieht man ein Bild: Links ist die ursprüngliche Gewerbeanlage, und man sieht, dass sie nahezu zu 100 Prozent versiegelt ist. Bereits beim Rückbau des Gebäudes haben wir auf Nachhaltigkeit gesetzt. Die Hallen einschließlich der Dachflächen, der Stahlkonstruktion, der Beleuchtung und der Heizung wurden von einer Spezialfirma kontrolliert rückgebaut und an einem anderen Ort wieder aufgebaut. Die Bausubstanz war noch einwandfrei, und ein Abbruch oder eine Verschrottung der Hallen wäre nicht vertretbar gewesen. Weiterhin wurde das unbelastete Material weiterverarbeitet und auf dem Grundstück wieder eingebaut.

Das Projekt setzt auf eine modulare Holzbauweise, die nicht nur klimafreundlich und ressourcenschonend ist, sondern auch die Vorteile einer flexiblen, anpassungsfähigen Bauweise mit sich bringt. Holz als nachwachsender Rohstoff ermöglicht eine geringe CO2-Bilanz und fördert so die Reduktion von Treibhausgasen im Bauwesen. Im Bereich der Bauökologie setzt die „Natur-Ella“ konsequent auf hochwertige, bauökologisch verträgliche Baustoffe. Das bedeutet, dass nicht nur der ökologische Fußabdruck des Bauprojekts minimiert, sondern auch ein gesundes, nachhaltiges Raumklima für die Bewohner geschaffen wird – mit verträglichen Baustoffen, die mit Bedacht auf ihre Herkunft und Herstellung ausgewählt wurden. Das Projekt besteht aus neun Gebäuden und umfasst 119 Wohneinheiten. Davon sind 27 Wohneinheiten als preisgebundener Wohnraum realisiert. Dies führt zu einer angemessenen sozialen Durchmischung und fördert bezahlbaren Wohnraum.

Hinzu kommt eine Gewerbeeinheit, ein kleines Café mit Bäckerei, das nicht nur für die Mieter, sondern für die ganze Nachbarschaft eine Bereicherung darstellt. Das gesamte Objekt umfasst eine vermietbare Fläche von 11 500 Quadratmetern. Eine Besonderheit ist unser Freiraum, die grüne Mitte, mit 100 neu gepflanzten Bäumen. Im Projekt wurde das Konzept der Schwammstadt erfolgreich umgesetzt. Hier kommen begrünte Retentionsmulden zum Einsatz, die nicht nur ästhetisch gestaltet sind, sondern auch die Versickerung und Rückhaltung von 100 Prozent des Regenwassers auf dem Grundstück ermöglichen. Auch das Retentionsdach leistet einen wichtigen Beitrag zur Regenwassernutzung. In der Tiefgarage mit 178 Stellplätzen sind 50 E-Ladestationen vorgesehen.

Ein weiteres zukunftsorientiertes Element des Projekts ist das Mieterstromkonzept. Unsere Mieter profitieren vom grünen Strom aus der eigenen Photovoltaikanlage. Das reduziert nicht nur die Energiekosten, sondern sorgt auch für eine nachhaltige Energieversorgung. Besonders hervorzuheben ist, dass an der Umsetzung des Projekts ausschließlich regionale mittelständische Partner beteiligt waren. Hier sieht man die neuen Gebäude und die vielen neuen Bäume in der grünen Mitte.

Sachverständiger **Peter Buck** (Fränkel AG): Kurz zur Energieeffizienz: Geplant haben wir die Gebäude als „KfW-Effizienzhäuser 40 EE“ (KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau, EE: Erneuerbare Energien). Das heißt, wir haben 40 Prozent des Primärenergiebedarfs erreicht. Nach der ersten Heizperiode können wir aktuell sagen, dass wir mit 25 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr auskommen werden. Wir haben diese Werte also noch einmal erheblich reduziert. Wärme und Kälte werden zu mindestens 65 Prozent aus Erneuerbaren Energien über Wärmepumpen gewonnen. Alle Gebäude sind mit einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung ausgestattet. Die Wohnungen werden über Fußbodenheizungen beheizt und gekühlt, und das Ganze erfolgt über drei Grundwasserpumpen: Wir entnehmen auf der einen Seite des Grundstücks aus drei Brunnen Grundwasser, führen es über eine Wärmepumpe und leiten es auf der anderen Seite des Grundstücks wieder in das Grundwasser ein. Beheizt wird mit einer Wärmepumpe mit 180 Kilowatt Leistung, die speziell für dieses Projekt hergestellt wurde. Um die Wärmeversorgung im Extremwinter abzusichern,

haben wir – daran kommen wir heute leider noch nicht vorbei – eine Gasbrennwertkesselanlage eingebaut. Zudem erzeugen wir Wärme und Strom mit einem Blockheizkraftwerk. Es ist auf die Brauchwasserversorgung ausgelegt, um möglichst viel Leistung zu erreichen. Im ersten Jahr hatte das Blockheizkraftwerk fast 7 000 Stunden Laufzeit. Auf allen Dächern befinden sich Photovoltaikanlagen mit 288 Kilowatt Leistung, um grünen Strom für uns selbst, also für die Gebäudeversorgung, und für den Mieterstrom zu gewinnen. In den ersten Monaten waren es insgesamt – wir haben die Zahlen nicht hochgerechnet, das sind reale Zahlen – 258 000 Kilowattstunden Strom. Davon haben wir 172 000 Kilowattstunden selbst verbraucht, der Rest wurde eingespeist.

Sachverständige **Jaqueline Egger-Buck** (Fränkel AG): Das gesamte Objekt ist in modularer Holzbauweise errichtet: 3 600 Kubikmeter Holz, 3 600 Tonnen gebundenes CO2. Wir haben dafür nicht den ganzen Wald abgeholzt, das Holz wächst in 60 Minuten wieder nach. Das gesamte Holz stammt aus Vorarlberg in Österreich, von unserem Nachbarn.

Das grüne Konzept wurde bereits erwähnt: 100 neue Bäume, die nicht nur der ökologischen, sondern auch der sozialen Qualität dienen. Die grüne Mitte ist ein Treffpunkt für unsere Mieter, und man sieht vom linken zum rechten Bild, dass der Versiegelungsgrad von 90 auf 40 Prozent reduziert wurde. Hier sieht man es noch einmal etwas animierter. Die Fertigstellung war im März beziehungsweise Juli 2025. Es ist ein ökologisches, modernes und zukunftsorientiertes Projekt. Unser Fazit: In Langenargen ist ein Paradebeispiel für nachhaltiges, zukunftsorientiertes Bauen entstanden. Es zeigt, wie durch innovative Konzepte und umweltbewusste Planung nicht nur hochwertige Wohnräume entstehen, sondern auch ein lebenswertes Umfeld geschaffen wird. Vielen Dank.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank. Dieses Fleckchen Erde hat es gut getroffen und sich sehr gut entwickelt, von der vollständigen Versiegelung zu solchen Wohnverhältnissen. Da stehen Sie fast in der Tradition der Pfahlbauten. Vielen Dank zunächst an Sie.

Wir kommen nun zu unseren weiteren Sachverständigen, Frau Sarah Bäcker und Frau Dr. Saskia Hebert von Subsolar* Architektur & Stadtforschung. Beide haben eine umfassende Studie mit dem Titel „Transformative Wohnformen“ erstellt. Darin widmen sie sich der Frage, wie neue Wohnformen einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten können und welche Rahmenbedingungen wir dafür schaffen müssen – das ist vielleicht etwas mehr auf der Metaebene. Wir hatten nun das konkrete Beispiel. Sie zeigen uns vielleicht die allgemeineren Gedanken dahinter. Sie haben das Wort, Frau Dr. Hebert.

Sachverständige **Dr. Saskia Hebert** (Subsolar* Architektur & Stadtforschung): Vielen Dank für die Einladung und die Vorstellung. Wir sind Architektinnen. Wir planen, aber wir forschen auch und beraten Bauherren zum Umgang mit Gebäuden. Wie Sie bereits sagten, beschäftigen wir uns bereits seit einiger Zeit mit dem Wohnen, in der wissenschaftlichen Praxis, aber auch in der Lehre und in der Zukunftsforschung. Das ist uns sehr wichtig – wir sind hier im Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen. Wir denken gerne über Szenarien nach, etwa darüber, wie das Wohnen in der Zukunft aussieht.

Die Studie ist auf eine Ausschreibung des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung hin entstanden. Dieser hat nach Konzepten gefragt: Welche neuen Wohnformen kann man typologisch erfassen? Welche Projekte gibt es, an denen man das zeigen kann? Dazu haben wir Fallbeispiele untersucht. Welche Instrumente nutzen diese Fallbeispiele, um aktuelle Wohnformen und Bedürfnisse abzudecken? Die Studie besteht aus zwei Teilen: Teil eins ist die Theorie, Teil zwei sind die Praxisbeispiele. Wir gehen kurz durch alle Kapitel und haben noch ein Beispiel mitgebracht.

Zunächst muss man definieren, was eine Wohnform ist. Das ist nicht einfach. Es handelt sich nämlich um ein Zusammenspiel aus der räumlichen Gegebenheit, also dem Haus oder der Wohnung, einer sozialen Konstellation von Bewohnern und einer organisatorischen Verfasstheit, also einer Rechtsform, die auch den Zugang definiert. Wie verändern sich Wohnformen und warum? Oder: Wie wohnt man in der Zukunft? Es gibt einerseits veränderte Bedarfe. Das sind die Pull-Faktoren. Das ist hier

schwer zu lesen, aber die Tabelle hat drei Spalten. Die Soziologie sieht es so, dass es früher das ganze Haus gab, in dem alle gemeinsam wohnten, es keine richtige private Zone gab und die Räume funktional gemischt waren. Der Idealtypus der Moderne ist dann – das kennen Sie alle – die Kernfamilie aus zwei Generationen: Eltern und Kinder wohnen in einer Wohnung, in der die Zimmer spezifische Funktionen und Größen haben. Sie ist als privater Rückzugsort angelegt und auch rechtlich gesichert.

Die neuen oder alternativen Wohnformen sind wieder fluider. Das sind postfamiliale Zusammenhänge, Zimmer, die nicht unbedingt eine spezifische Nutzung haben oder ihre Nutzung im Tagesverlauf ändern können, und in denen Privates und Öffentliches vielleicht wieder stärker miteinander verschwimmen. Nachgefragt werden sie durch Single-Wohnen, Mehrgenerationenwohnen und andere Formen, die nicht der klassischen Idee der Kernfamilie entsprechen. Die Push-Faktoren, also die veränderten Rahmenbedingungen von außen, kennen Sie alle: Die Trends und Treiber Klimaveränderung, demografischer Wandel und Urbanisierung führen aktuell zu Wohnraummangel und steigenden Energiekosten. Dabei gibt es Zielkonflikte, wenn man sagt, es soll ökologischer, aber auch sozialer werden. Unsere These ist aber, dass das geht, dass sich also die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit nicht widersprechen müssen, auch wenn das manchmal behauptet wird. Danach haben wir unsere Studie aufgebaut.

Wir haben gesagt, dass wir die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit durch jeweils ein Themenfeld ergänzen wollen, das sich auf das Wohnen bezieht: zur sozialen Nachhaltigkeit das gemeinschaftliche Wohnen, zur ökonomischen Nachhaltigkeit die dauerhafte Leistbarkeit von Wohnraum und zur ökologischen Nachhaltigkeit den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt. Diesen Feldern haben wir wiederum jeweils zwei Wohnformtypen zugeordnet: die initiative und die inklusive, die produktive und die genügsame sowie die wandelbare und die ökosensitive Wohnform. Damit nicht genug, haben wir es noch einen Schritt komplizierter gemacht und jedem dieser Typen drei Strategien zugeordnet. Diese kann man wieder in die Kreisgrafik einordnen, in den „Kompass“, wie wir ihn genannt haben. Durch diesen führt uns Frau Bäcker.

Sachverständige **Sarah Bäcker** (Subsolar* Architektur & Stadtforschung): Ich führe Sie im Schnelldurchlauf im Uhrzeigersinn hindurch, damit sich erklärt, wie wir das meinen. Wer sich weiter vertiefen möchte, müsste sich die Studie vornehmen.

Wir beginnen mit dem Feld der gemeinschaftlichen Wohnformen. Gemeinschaftliche Wohnformen verstehen Wohnen auch als soziale Praxis. Sie schaffen nicht nur Wohnraum, sondern fördern auch Teilhabe, soziale Innovation und ein solidarisches Zusammenleben. Projekte der initiativen Wohnformen verfolgen drei Hauptstrategien: erstens die Selbstorganisation, also das Initiieren und Betreiben von Projekten, zweitens die Partizipation, also ein hohes Maß an Teilhabe und an Verantwortungsübernahme. Drittens gehen manche Projekte noch weiter, erweitern ihren Wohnraum in die Nachbarschaft und wirken dort in ganze Quartiere hinein.

Die zweite Wohnform aus dem Feld der gemeinschaftlichen Wohnformen sind die inklusiven Wohnformen. Sie verstehen sich als Antwort auf Diskriminierung und Ungleichheit auf dem Wohnungsmarkt, da viele Menschen nur schwer passenden Wohnraum finden. Sie werden oft von sozialen Trägern initiiert und fördern Selbstbestimmung und Teilhabe. Eine Strategie, die darin vorkommt, sind kuratierte Gemeinschaften: Gemeinschaften werden gezielt vielfältig zusammengesetzt, um zu funktionierenden Sorgestrukturen zusammenzuwachsen. Dabei ist auch der Begriff der Intersektionalität sehr wichtig, weil auf doppelt diskriminierte Menschen eingegangen wird und gerade für die Menschen, die nicht gut für sich selbst eintreten können, eine Art Anwaltsplanung stattfindet.

Im nächsten Themenfeld geht es um die dauerhafte Leistbarkeit. Auch hier gibt es zwei Hauptrichtungen, wie man dem begegnen kann. Bei den produktiven Wohnformen verschwimmen die Grenzen zwischen Wohnen und Arbeiten. Zentrale Strategien sind hier zum einen Selbstbau und Eigenleistung, wodurch man einerseits

Kosten senken kann, andererseits aber auch der Wohnraum individuell an die eigenen Bedarfe angepasst wird.

Eine weitere Strategie ist die der urbanen Subsistenz. Diese erweitert den Begriff der Produktivität um nicht monetäre, soziale und reproduktive Arbeit. Bei der hybriden Nutzung geht es vor allem darum, Räume multifunktionaler zu denken und zu nutzen und sie dadurch flexibler und offener zu halten. Die genügsame Wohnform begegnet den steigenden Wohnkosten nicht durch eine Steigerung der Produktivität, sondern durch eine bewusste Begrenzung und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen. Zentrale Strategie ist hier die Flächensuffizienz, also die Frage nach dem Genug, oft einhergehend mit einer Begrenzung des privaten Wohnraums und einer Vergrößerung der Gemeinschaftsflächen.

Gleichzeitig gibt es Strategien wie andere Baustandards, also einen anderen Umgang mit Standards, um Kosten zu senken und günstiger und experimenteller zu bauen. Dann gibt es den großen Bereich der ressourcenschonenden Wohnformen. Angesichts der massiven Belastung, die durch den Gebäudesektor entsteht – über den hohen Energieverbrauch im Lebenszyklus von Gebäuden, aber auch durch den Abfall, der beim Abriss entsteht, und durch die hohe Versiegelung –, ist das ein sehr wichtiger Punkt. Auch hier gibt es zwei Bereiche. Die wandelbaren Wohnformen setzen stark auf die Umnutzung leerstehender Gebäude, aber beispielsweise auch von Nichtwohngebäuden – unsere Studie enthält einige Projekte, die zeigen, wie Nichtwohngebäude zu Wohnraum werden können. Sie setzen auch an einem baukulturellen Wandel an, bei dem sich der Fokus vom Neubau auf Reparatur, Erhalt und Transformation verschiebt. Als letzte zwei Punkte gehören die flexiblen Räume dazu. Das sind Räume, die sich verändernden Bedarfen anpassen lassen und so ihre Lebensdauer und ihre Funktionen länger behalten können. Als Gegenpart dazu gibt es die elastischen Betriebssysteme. Das meint weniger eine Veränderung des Gebäudes an sich als vielmehr der Nutzung und der Nutzer, etwa über bestimmte Belegungsregeln. Wir haben nämlich festgestellt, dass Wohnraum effizienter verteilt werden muss, denn das Wohnraumproblem ist oft auch ein Verteilungsproblem.

Am Ende stehen die ökosensitiven Wohnformen, die klassisch auf der einen Seite auf ökologische Baustoffe setzen oder das zirkuläre Bauen in den Vordergrund stellen. Dabei geht es nicht nur darum, regenerative Materialien zu verwenden, sondern auch so zu bauen, dass man wieder rückbauen kann. Im Idealfall kommt man so zu einer positiven Klimabilanz.

In diesem Kompass sieht man bei den Projekten jeweils, in welchem Strategiefeld sie Ausschläge haben und wie intensiv die Strategie eingesetzt wurde. Dadurch entstehen verschiedene Muster, an denen man erkennen kann, wo der Schwerpunkt eines Projekts liegt. Es gibt Spezialisten, aber auch echte Multitalente. Ich möchte noch kurz ein Projekt anreißen: Das ist das Collegium Academicum, ein selbstverwaltetes Wohnheim für Studenten und Auszubildende in Heidelberg. Es entstand 2013 aufgrund einer studentischen Initiative von Menschen ohne große Lobby, ohne Geld und ohne Grundstück. Sie haben es aber geschafft, selbstverwalteten, bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum zu schaffen. In diesen Gebäuden wird unter dem Leitbild der Suffizienz ein genügsamer Lebensstil als eine Art Reallabor erprobt. Das Projekt besteht aus einem Neubau und einem umgebauten Verwaltungsgebäude eines ehemaligen Kasernenareals, und mit sehr viel Eigenleistung und Engagement wurden ein Neubau und ein Umbau realisiert.

Im Neubau und beim Umbau des Bestands wurde konsequent auf ökologische Baustoffe gesetzt. Die gesamte Konstruktion ist auf Demontierbarkeit ausgelegt. Hier sieht man einen Blick auf den Grundriss: Es gibt in diesem Gebäude verschiedene Optionen, wie man sich seinen eigenen Raum gestaltet, etwa indem man sich selbst auf eine kleinere Fläche beschränkt und dadurch größere Flächen der Gemeinschaft zur Verfügung stellt. Hier sieht man es noch einmal von innen. Die Grundrisse sind von den Studenten selbst anpassbar, und es hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, dass sich fast alle dafür entscheiden, sich auf eine minimale Privatfläche zurückzuziehen und dafür die Gemeinschaftsflächen zu vergrößern. Das Ganze trägt sich mittlerweile gut.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Jetzt warten wir aber auf Nachfragen zu den Projekten, die Sie uns heute vorgestellt haben.

Zunächst vielen Dank für Ihre Schilderungen und die Impulse, die Sie uns dargelegt haben. Widersprüche erkenne ich nicht, aber teilweise unterschiedliche Aspekte.

Bei Ihnen ist es – glaube ich – stärker am konventionellen Familien- oder Wohnungszuschnitt ausgerichtet. Sie haben Veränderungen in dieser Hinsicht mitbedacht, aber das muss sich in einer vielfältigen Gesellschaft nicht widersprechen.

Sie beide kümmern sich um zwei dringende Probleme, die wir haben: erstens um den Wohnungsmangel und zweitens um die Frage, wie ökologisches Wohnen machbar wird.

Dazu hätte ich eine Frage: Inwieweit lassen sich die Dinge, die Sie hier entwickelt haben, auf große Zahlen skalieren? Wir brauchen einige Hunderttausend neue Wohnungen, und leider kommt man immer zu der leidigen Frage: Was kostet das? Vielleicht könnten Sie zur Machbarkeit und zur Skalierbarkeit noch etwas ausführen.

Ich denke, wir sammeln noch ein paar Fragen. Gemeldet haben sich Herr Abg. Mayer-Lay, dann Herr Abg. Dr. Schmidt und Frau Abg. Vriesema.

Abg. **Volker Mayer-Lay** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zunächst vielen Dank an alle unsere Referenten, die uns heute diese hervorragenden nachhaltigen Projekte vorgestellt haben. Das zeigt, welche Möglichkeiten wir allein im Bausektor haben. Wunderbar, vielen Dank.

Meine Frage geht speziell an Frau Egger-Buck und Herrn Buck, aber vielleicht können auch Frau Dr. Hebert und Frau Bäcker aus ihrer Erfahrung etwas dazu sagen. Es geht mir darum: Gibt es in Deutschland weiterhin große bürokratische Hürden bei der Umsetzung solcher Projekte? Ich könnte es mir vorstellen. Vielleicht können Sie etwas „aus dem Nähkästchen plaudern“. Gibt es vielleicht sogar Vorschriften, die ein solches Projekt an den Rand des Scheiterns bringen? Sehr wichtig ist zudem: Haben wir genügend Fördermöglichkeiten, werden solche Projekte unterstützt?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Danke schön. Herr Abg. Dr. Schmidt, bitte.

Abg. **Dr. Paul Schmidt** (AfD): Vielen Dank, dass Sie gekommen sind und dass ich die Möglichkeit habe, Ihnen ein paar Fragen zu stellen. Ich würde gerne alle Sachverständigen fragen. Ich bin seit zwölf Jahren Stadtrat in Karlsruhe. In Karlsruhe hatten wir in letzter Zeit Bauprojekte, die wieder eingestellt wurden, weil absehbar war, dass die Kosten so hoch sind, dass sich mit den höheren Energiekosten keine Mieter mehr finden. Bei einem Gebäude war sogar bereits eine drei Stockwerke tiefe Tiefgarage ausgehoben. Sie musste wieder zugeschüttet werden, was viel Geld gekostet hat.

Die entscheidende Frage ist: Wie kann sich das alles tragen? Ich vermute, dass es bei den beiden Projekten, die Sie vorgestellt haben, jeweils so gelaufen ist, dass das Grundstück als Gewerbefläche gekauft und dann in Wohnfläche umgewandelt wurde. Das führt dazu, dass man allein aus dieser Umwandlung einen sehr großen Mehrwert generiert, der genutzt werden kann, um das Projekt am Ende umsetzbar zu machen. Vielleicht können Sie jeweils etwas dazu sagen, weil ich vermute, dass das der Knackpunkt ist, warum Sie überhaupt in der Lage waren, diese Projekte zu realisieren. Vielleicht sieht es jedoch anders aus.

Bei dem einen Projekt haben Sie sogar gezeigt, wie groß die Tiefgarage ist. Da wundert es mich etwas, dass Sie keinen Schlüssel von eins zu eins haben. Normalerweise würde man im ländlichen Raum denken, dass für jede Wohnung ein Stellplatz zur Verfügung gestellt wird. Wenn ich die Tiefgarage verkleinern darf, weil öffentlicher Nahverkehr in der Nähe ist, kann ich an dieser Stelle auch Geld sparen.

Grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass das Projekt, das Sie vorgestellt haben, Herr Buck, energetisch sehr sinnvoll ist, insbesondere die Möglichkeit, auf der einen Seite des Geländes Wasser zu entnehmen, auf der anderen Seite wieder einzuspeisen und daraus Energie zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund habe ich das Gefühl, dass Sie das Beste daraus gemacht haben.

Mich würde noch interessieren – vielleicht an Sie beide –, wie groß der Anteil der Förderung war,

als Summe oder vielleicht auch prozentual, der Ihnen geholfen hat, das jeweilige Projekt zu realisieren.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Danke schön. Frau Abg. Vriesema.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für den Vortrag. Ich fand ihn sehr interessant. Wir haben vor Kurzem den Baukulturbericht vorgelegt bekommen. Darin stehen viele Dinge, die sich mit denen decken, die Sie genannt haben, gerade was den Flächenverbrauch im Neubau angeht. Der Bericht setzt vor allem auf Umbau.

Ich habe am Montag dieser Woche noch einmal die Zahlen dazu gelesen, wie weit wir innerhalb Europas sind. Wir müssen bis 2050 den gesamten Bestand sanieren. Bisher haben wir 25 Prozent der Gebäude in Europa, sowohl öffentliche als auch private, saniert, und wir schaffen ungefähr ein Prozent pro Jahr.

Mich würde interessieren, wie man Ihrer Meinung nach schneller vorankommen könnte und was die Bundesregierung tun könnte, um das zu erreichen. Ich sehe die Vorteile, das zunächst aus klimapolitischen, aber auch aus Gründen der Kosteneffizienz zu tun, weil es immer günstiger ist, den Bestand zu sanieren, als neu zu bauen. Wir haben gerade gehört, dass sich keine Mieter mehr finden lassen.

Sind das Punkte wie beispielsweise der Verzicht auf die Mehrwertsteuer bei Renovierungen oder eine verstärkte Förderung des Heizungstauschs? Zudem hat mich interessiert – weil ich finde, dass wir im Hinblick auf die Wohnformen in progressivere Richtungen kommen müssen –, wie Sie die Rolle von Genossenschaften dabei einschätzen. Das wären meine beiden Fragen.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Abg. Bollmann hat sich noch gemeldet.

Abg. **Hendrik Bollmann** (SPD): Herzlichen Dank auch von mir für die Vorstellung dieser innovativen Projekte und Wohnformen. Das ist eine sehr wichtige Frage, auch angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen, die wir demnächst haben werden oder gerade in diesen Jahren erfahren.

Ich hätte nur eine kleine Frage an Herrn Buck und Frau Egger-Buck. Sie haben speziell auf die Lebenszyklusbetrachtung aufgebaut. Ich bin heute mit der Frage konfrontiert worden, welchen bürokratischen Aufwand es bedeuten würde, sich darauf zu fokussieren, obwohl das zugleich ein großer Beitrag sein kann, um den CO2-Fußabdruck von Häusern generell zu reduzieren. Können Sie mich da optimistischer stimmen beziehungsweise mir eine positive Antwort an die Hand geben? Oder würden Sie auch sagen, dass es in der Tat mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden ist, dieses Thema stärker in den Mittelpunkt zu rücken?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das waren viele Fragen. Herr Buck, wollen Sie anfangen? Ich muss noch ankündigen, dass wir gleich zu einer namentlichen Abstimmung müssen. Wir hätten ungefähr zweimal zehn Minuten für die Antworten. Deshalb wäre die Bitte, präzise auf die Punkte einzugehen. Danke schön.

Sachverständiger **Peter Buck** (Fränkel AG): Die Frage lautet: Wie schaffen wir mehr Wohnraum? Wir schaffen es nicht. Wir schaffen es nicht, weil es eine Illusion ist, davon auszugehen, dass Bauen günstiger wird. Bauen wird nicht günstiger. Wir erleben vor allem in den technischen Bereichen – bei Wärmepumpen und haustechnischen Anlagen –, dass sich die Kosten in den letzten drei bis vier Jahren verdoppelt haben. Das lässt sich nicht wegdenken.

Wenn wir über Förderung nachdenken, nützt uns ein zinsloses Darlehen des Bundes nichts, es hilft uns überhaupt nicht weiter. Ich bringe Ihnen ein banales Rechenbeispiel: Wenn wir von Herstellungskosten einschließlich Grund und Boden von 7 000 Euro pro Quadratmeter ausgehen, haben wir null Prozent Zins, müssen das Darlehen aber mit 3 Prozent tilgen. Das heißt, wir haben pro Jahr und Quadratmeter Wohnfläche 210 Euro Tilgung aufzubringen. Geteilt durch zwölf Monate sind das 18 Euro Miete. Eine Miete von 18 Euro ist für eine normale Familie nicht bezahlbar. Dazu kommen die Nebenkosten, die Warmkosten, die in letzter Zeit gestiegen sind, die Grundsteuer, Versicherungen und alles Mögliche. Wohnungsbau trägt sich nicht.

Damit darf ich Herrn Abg. Dr. Schmidt die Antwort geben, wie wir es geschafft haben, 55 Millionen Euro zu investieren: Wir haben 15 Millionen Euro Eigenmittel – darin 3 Millionen Euro Zuschüsse für das ökologische Bauen, also 12 Millionen Euro Eigenmittel – in dieses Projekt investiert und das Grundstück eingebracht, unverzinst für mindestens die nächsten zehn Jahre. Nur so war eine Finanzierung von rund 40 Millionen Euro möglich. Wir brauchen den gesamten Mietertrag, um für die 40 Millionen Euro den Kapitaldienst zu leisten. Der Rest bleibt unverzinst. Unternehmerisch ist das eine komplette Fehlentscheidung. Wir beide wollten das umsetzen. Wir sind ein Stiftungsunternehmen und haben gesagt, es macht uns Spaß, ein solches Projekt zu errichten.

Nun kommt sofort das Negative: Ein halbes Jahr später wollten wir in Friedrichshafen zwei Häuser des gleichen Modells als Wiederholung realisieren. Die Preise sind uns davongelaufen. Die zwei Häuser haben mehr gekostet. Wir müssen konventionell bauen.

Damit beantworte ich auch die Frage von Herrn Abg. Mayer-Lay: Seit zwei Jahren warten wir auf die Baugenehmigung für diese zwei Häuser mit 35 Wohnungen. Wir haben sie bis heute nicht. Aus 9 Millionen Euro Baukosten sind 10,5 Millionen Euro geworden, weil die Verwaltung nicht in der Lage ist, uns innerhalb von zwei Jahren eine Baugenehmigung zu erteilen – für ein Projekt, das mehrfach mit allen Ämtern vorbesprochen war. Als alles klar war, wurde das Baugesuch vor zwei Jahren eingereicht. Wir haben nur Probleme im Wohnungsbau. Wenn es nicht Unternehmen wie unseres gibt – und davon gibt es sicher viele –, bei denen die Rendite zweitrangig ist, wird der Wohnungsbau in Deutschland nicht mehr funktionieren. Wir können es uns nicht mehr leisten.

Ein Beispiel sind Kinderzimmer mit 11 Quadratmetern. Kleinere Zimmer waren für uns ein Tabuthema, wenn die Architekten damit kamen. Für ein Kinderzimmer wollen wir 11 Quadratmeter haben, damit das Kind sich wohlfühlt, Schularbeiten erledigen kann und im Notfall ein zweites Kind dazukommen kann. Bei Vierzimmerwohnungen, also Familienwohnungen, haben wir zudem immer ein Kinderbad eingebaut, um den Stress frühmorgens in der Familie abzubauen: Alle müssen gleichzeitig aus dem Haus, und jeder möchte ins Bad. Diese Zeiten sind vorbei. Das schaffen wir heute nicht mehr. Das sind gravierende Qualitätseinbußen.

Sachverständige **Jaqueline Egger-Buck** (Fränkel AG): Vielleicht noch etwas zum Stellplatzschlüssel, den Sie angesprochen hatten: Wir hätten gerne viel weniger Stellplätze gebaut, weil wir sehr viel Geld unter der Erde vergraben mussten. Die Gemeinde Langenargen wollte zunächst einen Stellplatzschlüssel von 2,0, also zwei Stellplätze pro Wohnung, auch für die geförderten Wohnungen. Wir haben gesagt, das können wir nicht umsetzen. Wir haben inzwischen Carsharing und E-Bike-Sharing eingerichtet, um den Schlüssel auf 1,67 herunterzubekommen und die Stellplätze auf dem Areal unterzubringen. Wir hätten also gerne weniger gebaut. Im Moment sind in der Tiefgarage bestimmt noch 40 Stellplätze frei. Sie sind nicht vermietet und nicht belegt, aber sie waren gefordert.

Dann zum Punkt Lebenszykluskosten: Das zu realisieren ist manchmal sehr schwierig, wenn man nicht so denkt, wie wir als Unternehmen denken. Wir behalten das Objekt über den gesamten Lebenszyklus in unserem Unternehmen, von der Projektentwicklung bis zum Abriss. Deshalb ist es bereits aus diesem Grund unsere Intention, die Kosten auch im Betrieb so zu gestalten, dass wir das Objekt im Ganzen rechnen, und Materialien zu verwenden, mit denen es auch dann noch funktioniert, wenn wir es nach 50 Jahren abbrechen. Bauträger dagegen verkaufen die Wohnung, und dann ist sie weg. Dann interessiert man sich oft nicht mehr dafür, was mit dem Objekt passiert.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Dann haben Sie das Wort, Frau Dr. Hebert.

Sachverständige **Dr. Saskia Hebert** (Subsolar* Architektur & Stadtforschung): Einiges ist bereits gesagt worden. Ich fange mit der Frage der Skalierbarkeit an. Das ist eine sehr gute Frage, und vielleicht kann ich einige der anderen Fragen dort einbinden.

Die Projekte, die wir untersucht haben, sind von vielleicht ungewöhnlichen Akteuren umgesetzt

worden. Zwei waren Wohnungsbaugenossenschaften. Diese haben oft die Möglichkeit – wenn ihr Geschäftszweck darin besteht, Wohnraum für ihre Mitglieder zu erstellen –, keine Rendite erzielen zu müssen. Das ist ein wichtiger Punkt.

All diese Projekte, die wir untersucht haben, haben Nischen- und Experimentierräume gebraucht. Alle haben übereinstimmend gesagt, dass das Bau- und Planungsrecht nicht hilfreich war. Das hat ihnen am meisten Kopfschmerzen bereitet und möglicherweise auch Dinge verteuert. Wir haben es vorhin gesehen: Es gibt diese Zielkonflikte. Ich glaube, dass die Ämter alle das Gute wollen. Wenn die Politik jedoch helfen könnte, diese Zielkonflikte wegzuverhandeln, statt sie dem Bauherrn vor die Füße zu legen und zu sagen: „Dein Problem“, wäre bereits viel geholfen. Unsere Protagonisten haben alle gesagt, dass eine andere Planungskultur schön wäre, dass man sich zusammensetzt und gemeinsam überlegt, wie man Dinge umsetzen kann, oder dass es Experimentierklauseln gibt, mit denen bestimmte Parameter einmal ausgesetzt werden. Bei einem Stellplatzschlüssel von 2,0 kann ich nicht günstig bauen. Das geht nicht.

Wie können wir in der Sanierung schneller werden? Ich glaube, da müssen wir auch über die elastischen Betriebssysteme nachdenken. Es gibt Modelle, wie man beispielsweise im Einfamilienhaussektor tauscht: Menschen, die aufgrund des Remanenzeffekts auf zu großer Fläche wohnen und vielleicht so alt sind, dass sie keine Kredite mehr bekommen oder keinen Sinn darin sehen, sich noch eine Wärmepumpe einbauen zu lassen, bietet man andere Wohnformen an, baut etwa Mehrgenerationenhäuser in der Nachbarschaft, um dann Wohnungen oder Einfamilienhäuser an junge Familien vergeben zu können. Das ist sehr kompliziert, aber tatsächlich eine gute Idee, weil wir keinen zusätzlichen Wohnraum brauchen. Wir sind keine wachsende Gesellschaft. Wenn wir uns besser verteilen würden – was nicht so einfach ist, weil manche Städte Boomstädte sind und andere Einwohner verlieren –, dann haben wir rechnerisch, von der Quantität her, so viel Wohnfläche wie noch nie. Das ist nicht logisch, wenn man es sich überlegt. Es wird jedoch immer teurer, Fläche herzustellen, und sie ist für viele immer weniger leistbar. Da könnte man auch auf die Idee kommen, wieder auf weniger Fläche zu wohnen.

[diverse Zwischenrufe]

Abg. **Mechthild Heil** (CDU/CSU): Ehrlich gesagt, ich bin auch Architektin. Ich kann das nicht mehr hören. Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal für sich selbst etwas gebaut haben. Wofür haben Sie das gebaut? Doch dafür, Raum für all das zu haben, was Sie in Ihrem Leben machen wollen. Am Anfang hat man vielleicht die Tradition, dass man eine Familie hat. Irgendwann kommt man jedoch an den Punkt und sagt: „Wow, ich habe mein halbes Leben für dieses Haus gearbeitet, und ich finde es toll, dass ich jetzt einmal einen Raum für mich allein habe, in dem nicht meine Kinder sind.“ Vielleicht hat man auch Eltern, die man pflegen muss. Dann sagt man: „Wow, ich habe ein Haus und kann sie dort pflegen.“ Und wenn man niemanden hat, hat man trotzdem sein Leben lang dafür gearbeitet und zahlt auch dafür. Dieses Politische, immer zu sagen, es sei unfair, wenn man nach 40 Jahren Abzahlung für das Haus nachher vielleicht zwei, drei Räume zu viel hat, finde ich nicht richtig. Sie widersprechen sich hier auch als Fachleute. Sie haben vorhin gesagt, es sei toll, dass die Studenten sich zurückgezogen hätten und ihnen eine kleine Nische reiche, weil sie gesagt hätten, das kann alles die Gemeinschaft machen. Andererseits haben Sie gesagt, 11 Quadratmeter für Kinder seien das Minimum. Was gilt nun? Ich kenne keinen Jugendlichen, der zu Hause sagt: „Ich gebe einmal Raum an die Familie ab.“ Fragen Sie einmal die Studenten, warum sie das tun. Vielleicht, weil sie weniger Geld haben und sich mehr nicht leisten können.

Das aber politisch als Forderung in den Raum zu stellen und zu sagen, wir Politiker sollen jetzt dafür sorgen, dass Studenten nur noch auf 8 Quadratmetern leben, weil das ausreicht und sie dann vielleicht etwas mehr Gemeinschaftsraum haben – so können wir, finde ich, nicht diskutieren. Sie sagen, man braucht keine zwei Autos pro Wohneinheit. Sie haben 1,7 gesagt, und 40 Stellplätze sind frei. Am Ende sind wir bei anderthalb Stellplätzen. Man muss schauen, wo man ist. Wenn ich hier in Berlin bin und überall hinfahren kann, brauche ich auch keinen Stellplatz. Wie ist es jedoch bei mir im ländlichen Raum? Wenn Vater, Mutter und vielleicht auch

noch die Kinder irgendwo arbeiten, wo sollen sie die Autos abstellen? Dann stehen sie auf der Straße, und die Allgemeinheit ist dafür zuständig, dass die Autos irgendwie wegkommen. So einfach, wie es in der Theorie ist, ist es nicht. Die Menschen entscheiden sich. Sie sagen: „Ein Haus, und damit ist es flexibel, da kann ich in dem Haus machen, was ich will.“ Wir bauen bereits flexibel. Da können die Menschen sich entscheiden. Manche Grundrisse sind ungünstig. Es ist jedoch nicht so, dass wir die Welt neu erfinden müssen. Wir haben ein flexibles Bauen. Der einzige Punkt, bei dem ich mit Ihnen einer Meinung bin: Es ist zu teuer. Wir werden wahrscheinlich nie davon wegkommen, dass es teuer ist. Die Flexibilität haben wir jedoch. Wir haben auch das Recht der Menschen, zu entscheiden, wie sie wohnen wollen, wenn sie es selbst bezahlen und es nicht zulasten der Allgemeinheit geht.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Mit Blick auf die Uhr nur kurz eine Ergänzung dazu. Dann haben Sie auch noch einmal Zeit zu erwidern, und ich erwarte, dass alle so lange hierbleiben, bis die Antwort gegeben ist. Herr Abg. Dr. Schmidt, eine Minute.

Abg. **Dr. Paul Schmidt** (AfD): Herr Buck, zunächst an Sie: Vielen Dank, dass Sie dieses Projekt realisiert haben. Es sind ausschließlich Mietwohnungen. Das ist eine rare Sache. Sie haben aber auch durchblicken lassen, dass Sie es nicht hätten umsetzen können, wenn Ihnen das Grundstück nicht bereits als Gewerbefläche gehört hätte. Das war das eine.

Ich habe noch eine kurze Frage an alle: Ich habe mir sagen lassen, dass Bauen in Österreich nur zwei Drittel dessen kostet, was es bei uns kostet. Da muss ich fragen: Woran liegt das? Können wir das nicht auch wieder erreichen? Es geht darum, dass die Menschen die Wohnungen am Ende nicht mehr bezahlen können. Das ist ein Riesenproblem.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herr Abg. Dr. Kraft, genauso kurz.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Herr Buck, Sie hatten Baukosten von 7 000 Euro pro Quadratmeter angegeben. Schließt das das Grundstück mit ein oder nicht?

Zum Nächsten: Sie haben für das Brauchwasser ein Blockheizkraftwerk eingebaut. Kommen Sie immer noch auf die 65 Prozent Erneuerbarenquote, wenn Sie das Blockheizkraftwerk aller Voraussicht nach mit schnödem Gas betreiben?

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Jetzt haben aber zunächst die Kolleginnen die Gelegenheit, weiter auszuführen. Sie kommen auch noch kurz dran. Wir behalten die Uhr im Blick. Bitte schön, Frau Dr. Hebert.

Sachverständige **Dr. Saskia Hebert** (Subsolar* Architektur & Stadtforschung): Wir wollen überhaupt niemandem sein Häuschen wegnehmen. Das ist vielleicht verkürzt angekommen. Tatsächlich ist es aber so, dass Menschen, die mit einem alten Mietvertrag in Mietwohnungen wohnen und sich vielleicht verkleinern wollen, dann mehr Miete zahlen als vorher. Der Markt ist im Moment also alles andere als entspannt. Junge Familien haben große Schwierigkeiten, an ein Familienhaus zu kommen, selbst wenn sie nicht neu bauen, sondern ein bestehendes Haus kaufen wollen. In diesem Zusammenhang war unsere Bemerkung gemeint: eine Verteilung nicht im Sinne eines sozialistischen „Du musst“ und „Du sollst“, sondern im Sinne einer Ermöglichung, damit die Angebote wieder adäquat angenommen werden können.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Noch einmal das Stichwort, Frau Abg. Vriesema.

Abg. **Mayra Vriesema** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage war, wie man die Sanierung des Bestands beschleunigen kann.

Sachverständige **Dr. Saskia Hebert** (Subsolar* Architektur & Stadtforschung): Darauf hatte ich angefangen zu antworten: indem man diejenigen findet, die das wollen – die Menschen, die Lust haben und noch einen Sinn darin sehen, ein Häuschen, in dem sie noch 30 Jahre mit ihren Kindern wohnen, schick zu sanieren, und die sich das auch leisten können –, statt es bei allen zu versuchen. Wir haben einen Wohnungsbestand, der sehr stark überaltert und demografisch schwierig ist. Man sollte also bei denen ansetzen, die willig sind. Das wäre unsere Antwort.

Das hilft vielleicht nicht über 2 Prozent hinaus, und es dauert. Man muss aber auch darauf achten, günstige Bestandswohnungen zu erhalten. Das ist ebenfalls wichtig: Sie sind möglicherweise energetisch nicht top, aber sozial wichtig.

Im Moment gehen uns die Sozialwohnungen verloren, weil sie aus der Bindung fallen, und wir kommen mit dem Bauen nicht hinterher, weil es zu teuer ist.

Zu Wien und den Österreichern: Sie haben auch ein sehr gutes Modell, bei dem sie den Boden günstiger abgeben. In der Stadt Wien gibt es die soziale Bodennutzung. Dabei wird ein Grundstück qua Bebauungsplan weniger wert, weil ich darauf keine maximale Rendite realisieren kann.

[diverse Zwischenrufe]

Dadurch kann ich es auch günstiger erwerben. Das muss man nicht übernehmen, aber es gibt es. Wie bekommen es die Österreicher hin, günstiger zu bauen? Das ist ein Teil der Antwort.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Jetzt haben Herr Buck und Frau Egger-Buck die Gelegenheit zu antworten, wozu auch immer Sie noch Stellung nehmen wollen.

Sachverständige **Jaqueline Egger-Buck** (Fränkel AG): Vielleicht zu den Baukosten in Österreich und Deutschland: Ein Großteil liegt in den Baunebenkosten. In Deutschland liegen die Baunebenkosten bei knapp 20 Prozent, in Österreich bei 13 Prozent. Das liegt an den Auflagen und den bürokratischen Hürden, die wir in Deutschland in größerem Umfang haben. Die Herstellung ist vergleichbar, denn wir bauen auch viel mit österreichischen Unternehmen. Dort gibt es keinen Unterschied, aber die Baunebenkosten machen den Betrag aus, etwa für die Baugenehmigung oder einen zusätzlichen Fachingenieur. Früher gab es nur 5 Fachingenieure, heute haben wir 14 oder 15, die alle die Kosten nach oben treiben. Je höher ein KfW-Standard, desto mehr Fachingenieure brauche ich. Manchmal beißt sich das mit der Förderung, die ich durch die KfW bekommen könnte.

Sachverständiger **Peter Buck** (Fränkel AG): Vielleicht darf ich noch kurz auf die Frage zum Gasverbrauch, also zum Blockheizkraftwerk mit Gas, eingehen: Wir hätten es am liebsten mit Wasserstoff betrieben, aber das ist uns politisch nicht genehmigt worden. Wir haben im ersten Winter eine hervorragende Energiebilanz erzielt. Den Gaskessel haben wir als Spitzenlastkessel so gut wie nicht gebraucht. Wir liegen erheblich über 65 Prozent Erneuerbarer Energien, das zeigt sich an den 25 Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter, die wir brauchen.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Was ist das bei den Baunebenkosten?

Sachverständiger **Peter Buck** (Fränkel AG): Ich darf nur noch einen Vorschlag machen: Wenn Sie den Wohnungsbau forcieren wollen, ist der einfachste Weg, die Umsatzsteuer für die nächsten paar Jahre abzuschaffen. Ein Beschluss, und Sie haben 19 Prozent weniger Kosten. Wenn nicht gebaut wird, haben Sie auch keine Steuereinnahmen. Lassen Sie bauen, und dann haben wir 19 Prozent geringere Kosten.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das würde jedenfalls funktionieren, wenn wir dafür zusammen mit den Haushältern eine Mehrheit bekommen. Wenn es jedoch um das Geld geht, ist das immer eine hartnäckige Hürde.

Herr Abg. Bollmann hatte noch eine Frage. Vielleicht schaffen wir die noch. Danach müssen wir – glaube ich – tatsächlich die Sitzung beenden, damit wir rechtzeitig zur Abstimmung kommen.

Abg. **Hendrik Bollmann** (SPD): Ich glaube, wir müssen uns keine Sorgen darum machen, dass wir zur Abstimmung kommen. Erstens geht sie nicht nach einer Minute zu Ende, zweitens sind wir hier alle sportlich. Insofern – glaube ich – passt das einigermaßen.

Ich will noch einmal etwas klarstellen. Erstens ist die Stellplatzfrage für die urbanen Bereiche sehr relevant. In meinem ehemaligen Ratswahlkreis gibt es Straßenzüge, die nie dafür gedacht waren, dass dort jeder Haushalt teilweise drei, vier Autos hat. Das will ich den Menschen nicht übelnehmen, weil jeder mobil sein will. Das Problem sind nur die physikalischen Grenzen. Ich würde gerne schwarze Löcher finden, in die man die Autos hineinschieben und aus denen man sie wieder herausholen kann. Die wird es leider nicht geben.

Deswegen fand ich es sehr gut, dass hier auch vorgestellt worden ist, dass man das mit Sharing-Modellen kombiniert. Das mögen einige vielleicht etwas merkwürdig finden, aber ich glaube, in vernünftigen Gemeinschaften und vernünftigen Siedlungen wird es auch erfolgreich praktiziert. Mir fallen nur gerade keine anderen Punkte jenseits des Glaubens ein. Ich war Religionslehrer. Über solche Fragen würde ich mich gerne im Rahmen des Religionsunterrichts unterhalten, im Rahmen der Politik geht es mir aber lieber um die Frage, was wir real tun können. Deswegen bin ich für die Thematik sehr dankbar, wie man das regeln kann.

Zu den Vereinfachungen: Erstens können wir uns gerne über kommunale Bodenpolitik unterhalten, wenn wir uns alle darüber einig sind. Das ist einer der zentralen Punkte. Ich bin dann aber gespannt, wie die politischen Mehrheiten aussehen – das sage ich offen. Es wird aber eine sehr zentrale Frage sein. Zu den anderen Punkten der Vereinfachung will ich auch ohne die übliche „Werbenummer“ sagen: Eine derartige Menge an Vereinfachungsprozessen, wie wir sie innerhalb von anderthalb Jahren im Rahmen dieser Regierung anstoßen werden, hat es in den Jahrzehnten zuvor wahrscheinlich noch nicht gegeben. Ich nenne den „Bauturbo“ im Bereich der Genehmigungs- und Planungsverfahren und den Gebäudetyp E, der nun auf den Weg gebracht wird. Beide setzen genau an den Punkten an, an denen man schauen kann, wie man bei unwichtigen Punkten vom Goldstandard herunterkommt, um vernünftig bauen zu können. Das ist nämlich auch ein Thema. Über DIN-Normen (Deutsches Institut für Normung) beginne ich gar nicht erst zu diskutieren. Hinzu kommt die BauGB-Novelle (Baugesetzbuch). Über eine breite Palette kommen wir zu deutlichen Beschleunigungen.

Zu den Fragen, die gerade oft diskutiert werden – es tut mir leid, ich muss das kommentieren –: Das werden dringende Fragen sein. Meine Mutter ist beispielsweise in der Situation, dass sie vollkommen allein in einem großen Wohnhaus lebt. Das ist aber nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern teilweise auch eine Frage der Sinnhaftigkeit. Die innerfamiliären Diskussionen kenne ich, und sie sind problematisch. Sie berühren aber auch die Frage: Ist das sinnvoll? Diese Fragen muss man gerade im urbanen Raum, wo der Wohnraum knapp wird, immer diskutieren können: Wie bekommt man es dort hin? Wohnungstausch ist ein Thema, über das man diskutieren muss, und so weiter. Ich will nur sagen: Die Politik muss nicht alles bestimmen, aber sie muss sich diese Moderatorenrolle zutrauen. Entschuldigung für diese Meinungsäußerung.

Vorsitzende Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Hier herrscht Meinungsfreiheit, und ich danke allen, die sich hier stark eingebracht haben. Ich glaube, vieles hat in verschiedenen Lebensphasen seine Zeit. Man braucht nicht zu jeder Zeit im Leben die gleiche Form von Gemeinschaft, sondern das ändert sich, auch nach sehr individuellen Umständen. Man blickt auch darauf, was man sich leisten kann.

All das muss zusammen gedacht werden, und wir müssen dafür flexible Regeln finden, um das zu ermöglichen. Denn Wohnen hat sehr viel mit Lebensqualität zu tun: Wie wohl fühlt man sich als Individuum in seinem Bereich, aber auch als Gemeinschaftswesen? Auch das gehört dazu. Es wären noch viele Fragen zu klären, serielles Bauen und dergleichen. Wir stehen hier vor großen Fragen: Wie bekommen wir das hin?

Ich denke, es gibt keine weiteren Fragen mehr. Wir schaffen auch nicht alle Fragen, die damit zusammenhängen. Bleiben Sie uns gewogen und verfolgen Sie, was wir hier weiter beschließen. Gerade in der Wohnungspolitik haben wir noch andere Änderungen auf dem Schirm. Sagen Sie uns gerne, was aus Ihrer Sicht wichtig ist, um diesen Weg weiter konstruktiv zu gehen und dahin zu kommen, dass sich möglichst viele Menschen in unserem Land so wunderbare Gebäude und Wohnungen leisten können, wie Sie sie entworfen und realisiert haben.

In diesem Sinne herzlichen Dank, dass Sie hier waren, und vor allem Dank für Ihr Engagement.

Schluss der Sitzung: 18:37 Uhr

gez.

Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB
Vorsitzende

Verweise auf PowerPoint-Präsentationen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Peter Buck
Jaqueline Egger-Buck
A-Drs. 21(26)36

Sarah Bäcker
Dr. Saskia Hebert
A-Drs. 21(26)35
A-Drs. 21(26)34
A-Drs. 21(26)33